

2008-07-22

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 28.08.2007

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Fraktion Pro Dessau-Roßlau/NEUES FORUM

Griebsch, Hannelore

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Begrüßung

Die Sitzung wurde durch den Ausschussvorsitzenden termingerecht eröffnet.

2. Feststellung der Anwesenheit

Die Anwesenheit wurde festgestellt, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses war gegeben.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Plettner stellte den Antrag in die Tagesordnung die Wahl eines Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden aufzunehmen.

Herr Dreibrod: Dieser Vorgang kann unter TOP 5 aufgenommen werden, ersatzweise für den ursprünglich vorgesehenen TOP 5, da in der vorangegangenen Sitzung keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

Frau Schimkat beantragte, eine Information über den Stand der Seniorenarbeit abgeben zu dürfen.

Herr Dreibrod: Dies kann am Ende des öffentlichen Teils unter TOP 8 erfolgen.

Die Tagesordnung wurde einstimmig bestätigt.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 12. Juni 2007 (öffentlicher Teil)

Die Niederschrift der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses vom 12. Juni 2007 wurde einstimmig bestätigt.

5. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Der ursprünglich vorgesehene TOP 5 – Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums – entfällt, da in der Sitzung des Gesundheits- und Sozialausschusses keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

Als TOP 5 wurde die Wahl des Stellvertreters des Ausschussvorsitzenden aufgenommen.

Herr Dreibrod

Aufgrund der bisher guten Erfahrungen aus der Praxis wird der Vorschlag unterbreitet, den Stellvertreter aus der gleichen Fraktion wie den Vorsitzenden zu benennen. Das erspart lange Informationswege. Der Vorschlag lautet: Udo Gebhardt

Herr Dr. Plettner: Möchte Vielfalt im Vorsitz gesichert sehen, deshalb Vorschlag, ein CDU-Mitglied als Stellvertreter zu wählen.

Herr Brumme: Vorschlag von Herrn Dreibrod findet seitens der CDU-Fraktion Zustimmung; Information bzw. Abstimmung auf kurzem Wege ist innerhalb einer Fraktion gut gewährleistet.

Es erfolgte die Abstimmung in offener Wahl; Herr Udo Gebhardt wurde als Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mit folgendem Ergebnis gewählt:

6 : 0 : 1.

Herr Gebhardt nahm das Mandat an und bedankte sich für das hohe Votum.

Herr Udo Gebhardt wurde zum Stellvertreter des Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit und Soziales gewählt.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

6. Informationsvorlagen

6.1. Fortführung des Optionsmodells des Landkreises Anhalt-Zerbst nach §

6 a SGB II (Kommunale Beschäftigungsagentur - KommBA) durch den neuen Landkreis Anhalt-Bitterfeld - Vereinbarung zur Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB II mit dem Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Vorlage: DR/IV/003/2007/V-50

Die Informationsvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Wolfram führte zur Vorlage ein:

- Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld hat sich in seiner 1. konstituierenden Sitzung dazu positioniert, die KommBA weiterzuführen in eigener Rechtsträgerschaft.
- Am 22.08.2007 fand im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit LSA eine Beratung im Zusammenhang mit den Zuständigkeiten für die ehemaligen Landkreise statt. Herr Wolfram hat an dieser Beratung teilgenommen; beraten wurde auch die Frage, wie die Arbeit weiterzuführen ist.
- Derzeit sind es ca. 1.400 Bedarfsgemeinschaften der ehemaligen Stadt Roßlau und jetzt durch den neuen Landkreis ABI als Rechtsnachfolger weiter betreut werden. Im Vorfeld erfolgten Absprachen, dass die Leistungen bis zum 31.12.2007 weiterzuführen sind. Das Fachministerium hat in Absprache mit dem Bund erklärt, dass es wichtig ist, Klarheit für das Jahr 2008 zu schaffen. Im Ergebnis der Vorlage wird empfohlen, die 1.400 Bedarfsgemeinschaften durch den jetzigen LK ABI betreuen zu lassen. Ein Zeitraum von zwei bis drei Monaten würde benötigt, um die 1.400 Bedarfsgemeinschaften in die ARGE zu überführen.
Um die Überführung dieser Bedarfsgemeinschaften in die ARGE vorzunehmen, ist außerdem zusätzliches Personal notwendig.
- Bitte an die Stadträte die vorliegende Information zur Kenntnis zu nehmen. Die Verwaltung wird für den Stadtrat am 19.09.2007 eine Beschlussvorlage einbringen, um die Rechtssicherheit für die 1.400 Bedarfsgemeinschaften, für den zuständigen Landkreis zu gewährleisten.

Herr Gebhardt:

Im wesentlichen Zustimmung zur Vorlage; möchte aber daran erinnern, dass er schon mehrmals im Gesundheits- und Sozialausschuss darüber gesprochen hat, dass oberstes Ziel sein muss, diese Personen aus einer Hand zu betreuen. Dies machen wir nun gerade nicht. Es sollte aber oberstes Ziel des Ausschusses, des Stadtrates, der Stadt sein. Möchte nochmals an die Verantwortung aller appellieren. damit Betreuung und Leistungsgewährung für diesen Personenkreis aus einer Hand erfolgen.

Vorschlag: Die Mittel, die jetzt eingespart werden, könnten für konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen genutzt werden.

Hinweis auf die beiden derzeit geltenden unterschiedlichen Richtlinien für die Kosten der Unterkunft, einmal Richtlinie der Stadt Dessau und zum anderen die Richtlinie des ehemaligen LK AZE.

Frau Andrich:

Wären die Mittel im Haushalt der ARGE eingestellt gewesen, wenn die Überleitung jetzt erfolgt wäre? Sind diese Mittel für das Folgejahr eingestellt oder müssen sie aus dem städtischen Haushalt genommen werden? Das zweite Problem ist die Frage der zu erwartenden Klagen.

Herr Krause:

Die benötigten 200 T EUR sind nicht im Haushalt der ARGE eingestellt und werden auch nicht aus dem eigenen Haushalt zur Verfügung gestellt. Der Bund wird diese Mittel nicht zur Verfügung stellen, da der Bund die Kreisgebietsreform nicht verursacht hat.

Herr Wolfram:

Das Wirtschaftsministerium hat im letzten Quartal des vergangenen Jahres einen Brief des amt. OB der Stadt Dessau zur Problematik der Kosten erhalten. Bisher gibt es seitens des Ministeriums keine Aussage dazu, auch in der Beratung am 22.08.2007 im Ministeriums gab es keine Antwort diesbezüglich.

Zur Problematik Fortschreibung der Richtlinie KdU wird im nächsten Ausschuss für Gesundheit und Soziales berichtet werden. Ziel ist es, spätestens ab 01.04.2008 eine neue, gemeinsame Richtlinie zu haben. Absprache mit dem Landkreis ABI wurde getroffen, dass spätestens ab diesem Zeitpunkt die Richtlinie der Stadt Dessau-Roßlau für alle Bürger dieser Stadt gilt.

Frau Andrich:

Nach Einführung der KdU-Richtlinie 2006 wurde gesagt, dass die Evaluierung nach einem Jahr erfolgen soll. Es erfolgte die Einigung, dass die Fusion abgewartet werden soll. Nun sollte es unser Ziel sein, die Fortschreibung der Richtlinie KdU zum 01.01.2008 zu gewährleisten.

Herr Wolfram betonte nochmals, dass diese Problematik in der nächsten Ausschusssitzung thematisiert wird.

Die Informationsvorlage wurde durch die Ausschussmitglieder zur Kenntnis genommen.

6.2. Öffentliche Stellenausschreibung der/des ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau

Vorlage: DR/IV/009/2007/V-50

Die Informationsvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Wolfram erläuterte, dass Herr Siebert, ehemaliger ehrenamtlicher Behindertenbeauftragter der Stadt Dessau, zum 30. Juni 2007 aus dem Amt ausgeschieden ist und die öffentliche Stellenausschreibung gemäß § 12 c der Hauptsatzung erfolgen soll. Ergänzungen zum vorliegenden Ausschreibungstext sind nach Rücksprache in den Gremien bis zur nächsten Woche möglich.

Als Ende der Ausschreibungsfrist ist der 31. Oktober 2007 vorgesehen.

Herr Dreibrod:

Hat in den Unterlagen für den Hauptausschuss gelesen, dass die CDU-Fraktion den Vorschlag unterbreitet, die Vergütung für die ehrenamtlichen Beauftragten anzupassen an die Vergütung der Stadträte (Sitzungsgeld). Das ist mathematisch eine Schlechterstellung. Die Vorlage liegt ohne Begründung vor.

Herr Wolfram:

Dieser Vorschlag ist ihm nicht bekannt, wird in DB des OB dazu sprechen. In einer Reihe von Städten sind diese Tätigkeiten hauptamtlich besetzt.

Herr Brumme:

Begründung ist ihm nicht bekannt, weiß nur, dass die Vergütung an die Vergütung der Stadträte angepasst werden sollte.

Frau Andrich:

Um die Tätigkeit der Beauftragten ordnungsgemäß durchführen zu können und das Klientel ordentlich zu betreuen, ist sehr viel Zeit erforderlich. Unsere Beauftragten sind im Vergleich zu anderen großen Städten schon im Nachteil wegen der Ehrenamtlichkeit.

Herr Dr. Plettner:

Muss die Ausschreibung im Amtsblatt erfolgen oder kann dies nach Vorschlägen aus den Fraktionen erfolgen?

Können diese beiden Funktionen nicht in einer Funktion vereinbart werden mit einer zusätzlich dazu benannten Schreibkraft/Sekretärin?

Herr Wolfram:

In der Verwaltungsspitze und mit den Gremien (u. a. Seniorenbeirat und Behindertenbeirat) wurde vereinbart, dass eine lokale Ausschreibung erfolgen soll. Bestimmt Vorschlagsrechte gelten, da der Stadtrat über die Bestellung informiert wird.

Aus der bisherigen Erfahrung halte ich es für angemessen, dass es je ein Ehrenamtlicher bleiben soll. Über eine halbe Stelle für Büroorganisation kann im Rahmen des Personalentwicklungsprogramms diskutiert werden. Im Rahmen der Zuordnung der Beauftragten wurde auch darüber nachgedacht, diese beiden ehrenamtlichen Funktionen der Gleichstellungsbeauftragten zuzuordnen; die weiteren Zuordnungsmöglichkeiten sind das Dezernat für Gesundheit und Soziales oder das Sozialamt.

Bis zur Wiederbesetzung der Funktionen Behindertenbeauftragter bzw. Seniorenbeauftragter habe ich geregelt, dass aus dem Sozialamt Frau Gebhardt diese Aufgaben mit wahrnimmt.

Herr Busch:

Unterstützt die ausdrückliche Trennung der beiden Funktionen; unterstützt auch den Gedanken, dass evtl. eine Mitarbeiterin für das Büro zugeordnet wird.

Herr Brumme plädierte ebenfalls für die Trennung dieser beiden Ehrenämter. Der Vorschlag der Zuordnung der beiden Ehrenamtlichen zur Gleichstellungsbeauftragten wäre ein gangbarer, nochmals zu diskutierender Weg.

Die Info-Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3. Öffentliche Stellenausschreibung der/des ehrenamtlich tätigen Senio-

renbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: DR/IV/010/2007/V-50

Die Informationsvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Frau Schimkat:

- Bitte um redaktionelle Änderung im Ausschreibungstext wie folgt: Im dritten Anstrich Ergänzung „ die Ausbildung zum ehrenamtlichen Seniorenbegleiter“.
- Bitte um Abklärung, ob ein beratendes Mitglied am nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung teilnehmen darf.
- Hinweis darauf, dass ehrenamtlicher Seniorenbeauftragter Tätigkeit parteiunabhängig sowie unabhängig von der Religionszugehörigkeit ausüben muss.

Herr Wolfram:

Aus der jetzigen Sicht der Hauptsatzung kann ein beratendes Mitglied nicht am nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzung teilnehmen. Die Klärung der Problematik wird nochmals aufgenommen.

Frau Andrich unterbreitete den Vorschlag, den Zeitraum für die Bestellung dieser Funktionen der Legislaturperiode anzupassen.

Herr Wolfram:

Entsprechend der jetzigen Hauptsatzung ist dieser Zeitraum auf 3 Jahre festgeschrieben worden.

Die Info-Vorlage wurde von den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales zur Kenntnis genommen.

7. Beschlussvorlage

7.1. Beitritt der Stadt Dessau zur Erklärung von Barcelona "Die Stadt und die Behinderten"

Vorlage: DR/BV/057/2007/ Link

Die Beschlussvorlage lag allen Ausschussmitgliedern vor.

Herr Brumme stellte den Antrag, dass in dieser Sitzung nicht über die Vorlage abgestimmt werden soll. Statt dessen soll die Verwaltung beauftragt werden, eine Kosteneinschätzung, eine Abschätzung der Aufgaben zu erstellen. Danach soll die Vorlage erneut eingebracht werden.

Herr Dr. Plettner fragte nach dem Anlass zum Einbringen der Vorlage; auch ihm fehlen die Aussagen zu den Kosten.

Frau Schimkat stimmte zu, dass geprüft wird, welchen Kriterien sich die Stadt verpflichtet, äußerte aber insgesamt ihre Zustimmung zur Vorlage. Wenn es durch den Beitritt gelingen würde, dass ein gesamtes Konzept neu erstellt werden muss, ist dies zu begrüßen.

Frau Andrich:

Die Städte Dessau und Roßlau wurden bisher in Fragen der Barrierefreiheit als recht gut eingeschätzt. Mit der Erklärung von Barcelona kommen auf die Stadt erst einmal keine Kosten zu. Nachfolgend ergeben sich natürlich für die Stadt Konsequenzen. Es müssen alle Bauten hinsichtlich der Behindertenfreundlichkeit, nicht nur der Barrierefreiheit geprüft werden. Alle Maßnahmen des Stadtumbaus müssen darauf ausgerichtet werden.

Herr Busch:

Die Zustimmung zu dieser Erklärung ist eine Selbstverständlichkeit. Das der Beitritt zukünftig mit Kosten verbunden ist, ist wohl auch selbstverständlich. Es geht aber darum, ein Bewusstsein zu entwickeln. Er unterstützte den Antrag auf eine Abstimmung zur Vorlage in dieser Ausschusssitzung.

Herr Brumme bekräftigte seinen Antrag auf Vertragung der Entscheidung und Beauftragung der Verwaltung, eine Kosten- und Aufgabenauflistung vor der Abstimmung zur Beitrittserklärung zu erstellen. Unstrittig ist die Notwendigkeit zum Beitritt, aber es kann nicht über eine Vorlage abgestimmt werden, ohne dass klar ist welche Aufgaben auf uns zukommen.

Herr Rumpf:

Warum soll erst nach 12 Jahren der Beitritt erklärt werden. Die „Erklärung von Barcelona“ gibt es seit 1995. Gibt es nicht schon gesetzliche Grundlagen, dass Baumaßnahmen behindertengerecht auszuführen sind? Er stimmte dem Vorschlag von Herrn Brumme zu.

Herr Dreibrodt wies darauf hin, dass auf die konkrete Formulierung des Beschlusses geachtet werden soll.

Es soll mit dieser Vorlage beschlossen werden, ein Konzept zu erarbeiten; es geht mit diesem Beschluss nicht um Kosten.

Frau Andrich:

Die Vorlage hätte auch von anderen Fraktionen eingebracht werden können, ich selbst bin erst seit drei Jahren im Gesundheits- und Sozialausschuss. Warum die Vorlage nicht schon von jemand anderem eher eingebracht wurde, ist mir nicht bekannt. Wir müssen aber irgendwann beginnen.

Der Beschlussvorschlag ist in drei Teile gefasst, Punkt 1. und 2. verursachen derzeit keine Kosten, Punkt 3. beinhaltet die Erarbeitung eines Konzeptes.

Wir sollten uns bemühen, solche Dinge umzusetzen im Sinne unserer Bevölkerung.

Herr Dr. Plettner:

Wir stellen uns nicht gegen den behindertengerechten Ausbau unserer Stadt; wir hatten das Thema doch auch bisher im Blick; ich halte Dessau und Roßlau im Land auf diesem Gebiet als beispielgebend. Warum müssen wir also dieser Erklärung beitreten, die Aufgaben werden und wurden bereits realisiert.

Frau Schimkat:

Hat eine Übersicht erarbeitet, was hinsichtlich der Behindertenfreundlichkeit in der Stadt bisher getan wurde.

Herr Brumme:

Es geht nicht gegen die Schaffung einer barrierefreien Stadt Dessau-Roßlau. Rein von der Verfahrensweise her sollte aber vorgelegt werden, welche Verpflichtungen und Vorhaben wir mit dieser Erklärung eingehen.

In der Fraktion konnte aufgrund der Urlaubszeit u. ä. nicht zur Vorlage beraten werden, stellte aus diesem Grund den Antrag auf Verschiebung der Abstimmung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und Vorlage eines Konzeptes,

Frau Andrich beantragte dagegen den Abbruch der Diskussion und die Abstimmung zur vorliegenden Beschlussvorlage.

Herr Wolfram:

Die Verweisung auf die nächste Ausschusssitzung ist hinsichtlich der Aufgabenstellung durch das Baudezernat nicht zu leisten. Er stimmt den Aussagen zu, dass seitens der Städte Dessau und Roßlau in der Vergangenheit viel getan wurde betreffs Barrierefreiheit.

Durch den Ausschussvorsitzenden wurde zur Abstimmung des Vorschlages von Herrn Brumme – Vertagung der Abstimmung zur Vorlage auf die nächste Ausschusssitzung unter Erarbeitung einer Analyse – aufgerufen.

Abstimmungsergebnis:

3:5:0 , d. h., der Antrag von Herrn Brumme wurde abgelehnt.

Die **Abstimmung** zum vorliegenden Beschlussentwurf:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bekannt sich zur Erklärung von Barcelona vom 24.03.1995.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beitritt vorzubereiten.
3. Zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona erarbeiten die Verwaltung und die Ausschüsse des Stadtrates ein Konzept
„Barrierefreies Dessau-Roßlau“.

ergab das **Abstimmungsergebnis: 7:0:1**

1. Die Stadt Dessau-Roßlau bekannt sich zur Erklärung von Barcelona vom 24.03.1995.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beitritt vorzubereiten.
3. Zur Umsetzung der Erklärung von Barcelona erarbeiten die Verwaltung und die Ausschüsse des Stadtrates ein Konzept
„Barrierefreies Dessau-Roßlau“.

Abstimmungsergebnis:

7:0:1

8. Öffentliche Anfragen und Informationen der Fraktionen und des Beige-

ordneten

8. 1. Frau Schimkat:

- Kurzbericht über geleistete Arbeit
- Aufgrund der Fusion gab es rege Diskussionen zur Seniorenarbeit in den Ortsteilen Dessau und Roßlau.
- Als Vorsitzender des Seniorenbeirates für beide Stadtteile wurde Herr Scholz gewählt. Dieser sollte bis Berufung des neuen Seniorenbeauftragten mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales teilnehmen.
- Der Seniorenratgeber wird Ende November 2007 neu herausgegeben.

Herr Dreibrod:

Die Funktion eines sachkundigen Bürgers gab es in Dessau bisher noch nicht, in Roßlau gab es solche Bürger. Herr Scholz könnte als sachkundiger Bürger ständig an den Ausschusssitzungen teilnehmen, dürfte aber nicht mit abstimmen.

Die Einführung der Funktion „sachkundiger Bürger“ wird als Antrag auf Änderung der Hauptsatzung eingebracht.

Herr Wolfram dankte Frau Schimkat im Namen der Ausschussmitglieder für die geleistete Arbeit in ihrer Funktion.

8.2. Herr Dr. Plettner:

Hatte in der letzten Ausschusssitzung die Anfrage zu Schulabgängern ohne Abschluss.

Herr Wolfram:

Diese Statistik wird derzeit erarbeitet und wird den Mitgliedern des Gesundheits- und Sozialausschusses nachgereicht.

8.3. Herr Wolfram:

- Herr Dr. Schmidt hatte in der Stadtratssitzung am 11.07.2007 zum Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum, Mehrgenerationenhaus, angefragt. Deises Mehrgenerationenhaus soll den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.
- Herr Busch hatte im Stadtrat die Frage nach der Besetzung des Lenkungsausschusses der ARGE gestellt. Das Recht zur Information steht nur dem Vorsitzenden des Ausschusses zu. Problematik zur Besetzung der Lenkungsgruppe der ARGE wird im Hauptausschuss nochmals beraten.
Lenkungsgruppe besteht aus 8 Mitgliedern: 4 Mitgl. aus der Agentur, 2 Mitgl. aus der Verwaltung sowie 2 Stadträte. Die Mitglieder des Hauptausschusses werden gebeten, Vorschläge in den Fraktionen zu beraten und zu unterbreiten.
Der Entsendebeschluss soll am am 24.10.2007 im Stadtrat gefasst werden.

8.4. Herr Dreibrod:

Anfrage an Herrn Wolfram: Ist das Goethegymnasium Dessau-Roßlau noch eine eigenständige Schule oder ist es Bestandteil des Philantropinums.

Herr Wolfram: Es ist das Goethegymnasium und nicht Bestandteil des Philantropinums.

8.5. Frau Andrich:

Zu Jahresbeginn wurde auf Landesebene zum Programm „Aktiv zur Rente“ beraten. Anfrage dazu an Herrn Krause: Wie weit sind wir in Dessau, gibt es dieses Förderprogramm schon?

Herr Krause:

Derzeit befinden wir uns in einer Übergangsperiode; hat derzeit auch keine Kenntnisse zur Förderrichtlinie; wird aber die Informationen nachreichen.

8.6. Herr Busch:

Eine Einrichtung der Suchtberatung wurde am Albrechtsplatz ausgebaut; diese macht aber einen sehr ruhigen Eindruck, wird sie genutzt?

Frau Paesold:

Das ist eine Erweiterung der bestehenden Einrichtung Bethanien. Es sind Einrichtungsräume, eine Sporthalle und Beschäftigungsräume, die in Betrieb sind.

8.7. Frau Schimkat:

Satzung für Seniorenbeirat musste geändert werden; Satzung muss vom Stadtrat bestätigt werden. Bitte an Herrn Wolfram um Unterstützung.

Herr Wolfram:

Es gibt diesbezüglich einen Termin Ende September zum Gespräch mit dem OB, dem Rechtsamt, dem amt. Dez. V und Frau Schimkat.

8. 1. Frau Schimkat:

- Kurzbericht über geleistete Arbeit
- Aufgrund der Fusion gab es rege Diskussionen zur Seniorenarbeit in den Ortsteilen Dessau und Roßlau.
- Als Vorsitzender des Seniorenbeirates für beide Stadtteile wurde Herr Scholz gewählt. Dieser sollte bis Berufung des neuen Seniorenbeauftragten mit beratender Stimme an den Sitzungen des Ausschusses für Gesundheit und Soziales teilnehmen.
- Der Seniorenratgeber wird Ende November 2007 neu herausgegeben.

Herr Dreibrod:

Die Funktion eines sachkundigen Bürgers gab es in Dessau bisher noch nicht, in Roßlau gab es solche Bürger. Herr Scholz könnte als sachkundiger Bürger ständig an den Ausschusssitzungen teilnehmen, dürfte aber nicht mit abstimmen.

Die Einführung der Funktion „sachkundiger Bürger“ wird als Antrag auf Änderung der Hauptsatzung eingebracht.

Herr Wolfram dankte Frau Schimkat im Namen der Ausschusssmitglieder für die geleistete Arbeit in ihrer Funktion.

8.2. Herr Dr. Plettner:

Hatte in der letzten Ausschusssitzung die Anfrage zu Schulabgängern ohne Abschluss.

Herr Wolfram:

Diese Statistik wird derzeit erarbeitet und wird den Mitgliedern des Gesundheits- und Sozialausschusses nachgereicht.

8.3. Herr Wolfram:

- Herr Dr. Schmidt hatte in der Stadtratssitzung am 11.07.2007 zum Bürger-, Bildungs- und Freizeitzentrum, Mehrgenerationenhaus, angefragt. Deises Mehrgenerationenhaus soll den Mitgliedern des Ausschusses für Gesundheit und Soziales in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt werden.

- Herr Busch hatte im Stadtrat die Frage nach der Besetzung des Lenkungsausschusses der ARGE gestellt. Das Recht zur Information steht nur dem Vorsitzenden des Ausschusses zu. Problematik zur Besetzung der Lenkungsgruppe der ARGE wird im Hauptausschuss nochmals beraten.

Lenkungsgruppe besteht aus 8 Mitgliedern: 4 Mitgl. aus der Agentur, 2 Mitgl. aus der Verwaltung sowie 2 Stadträte. Die Mitglieder des Hauptausschusses werden gebeten, Vorschläge in den Fraktionen zu beraten und zu unterbreiten.

Der Entsendebeschluss soll am am 24.10.2007 im Stadtrat gefasst werden.

8.4. Herr Dreibrod:

Anfrage an Herrn Wolfram: Ist das Goethegymnasium Dessau-Roßlau noch eine eigenständige Schule oder ist es Bestandteil des Philantropinums.

Herr Wolfram: Es ist das Goethegymnasium und nicht Bestandteil des Philantropinums.

8.5. Frau Andrich:

Zu Jahresbeginn wurde auf Landesebene zum Programm „Aktiv zur Rente“ beraten.

Anfrage dazu an Herrn Krause: Wie weit sind wir in Dessau, gibt es dieses Förderprogramm schon?

Herr Krause:

Derzeit befinden wir uns in einer Übergangsperiode; hat derzeit auch keine Kenntnisse zur Förderrichtlinie; wird aber die Informationen nachreichen.

8.6. Herr Busch:

Eine Einrichtung der Suchtberatung wurde am Albrechtsplatz ausgebaut; diese macht aber einen sehr ruhigen Eindruck, wird sie genutzt?

Frau Paesold:

Das ist eine Erweiterung der bestehenden Einrichtung Bethanien. Es sind Einrichtungsräume, eine Sporthalle und Beschäftigungsräume, die in Betrieb sind.

8.7. Frau Schimkat:

Satzung für Seniorenbeirat musste geändert werden; Satzung muss vom Stadtrat bestätigt werden. Bitte an Herrn Wolfram um Unterstützung.

Herr Wolfram:

Es gibt diesbezüglich einen Termin Ende September zum Gespräch mit dem OB, dem Rechtsamt, dem amt. Dez. V und Frau Schimkat.

Dessau-Roßlau, 22.07.08

Hans-Peter Dreibrod
Vorsitzender Ausschuss für Gesundheit und Soziales

Schriftführer